



André Poggenburg: ZDF-Moderation parteiisch, unprofessionell und unausgewogen - also alles wie immer?

Staatsferne?

Magdeburg, 6. September 2017. Als "neuerlichen Tiefpunkt der öffentlich-rechtlichen Wahlberichterstattung" bezeichnete André Poggenburg, AfD-Bundesvorstandsmitglied, Fraktions- und Landeschef der AfD in Sachsen-Anhalt, die gestrige ZDF-Sendung "Wie geht's, Deutschland?".

"Wenn sich eine Moderatorin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine solch auffällige Weise mit den Vertretern der Altparteien in einer Talksendung gemein macht, muss man fragen, warum unsere Bürger dafür auch noch Zwangsgebühren zahlen sollen. Diese Sendung war im Ergebnis nichts anderes als der Versuch, Wähler einseitig zu beeinflussen und die Probleme, die durch die ungesteuerte, illegale Masseneinwanderung entstanden sind, kleinzureden.

Ich kann gut verstehen, dass sich unsere AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel nach den völlig unangemessenen Attacken aus dieser Diskussion herausgenommen hat. Wenn die Moderatorin Marietta Slomka, statt ihrer Aufgabe einer neutralen Moderation gerecht zu werden, dann noch in der Sendung kommentiert, der Abgang von Frau Weidel sei wohl der angeblich fehlenden Positionierung zu Fragen der Sozialpolitik geschuldet, beweist sie damit nur, dass sie selbst als Moderatorin schlicht ungeeignet ist.

Ihr Auftreten war äußerst parteiisch, unprofessionell und offenbar von persönlichen Animositäten geleitet. Das ZDF hat seinen Auftrag, auf eine ausgewogene Art und Weise zur politischen Meinungsbildung im Wahlkampf beizutragen, klar verfehlt. Vielleicht sollte sich die OSZE dafür interessieren?", so Poggenburg heute.

www.afdtelevision.de

Weidel zeigt klare Kante gegen die Einheitsfront der Altparteien - u. verlässt das ZDF-Theaterstadl
www.youtube.com/watch?v=n97c110fin0

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueth@alternatiefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternatiefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

